



26 des Verbraucher\*innenschutzes und der Daseinsvorsorge müssen in einem  
27 Abkommen so genau wie möglich formuliert werden, so dass eine Umgehung oder  
28 spätere Aushöhlung nicht möglich ist.

29 Ein Abkommen darf nur dann zu Stande kommen, wenn die ILO-Kernarbeitsnormen  
30 für den gesamten TTIP-Raum als Mindeststandards garantiert wären. Darüber hinaus  
31 muss das Abkommen genaue Bestimmungen enthalten, welche die Übernahme und  
32 die wirksame Anwendung der international vereinbarten Normen und Übereinkünfte  
33 im arbeitsrechtlichen Bereich fördern. Ist dies nicht der Fall, so darf es keine  
34 Zustimmung zur TTIP Abkommen geben.

35 Der Bereich der öffentlichen Vergabe muss dahin gehend festgeschrieben werden,  
36 dass bei der öffentlichen Vergabe auch eine Direktvergabe ermöglicht wird. Durch  
37 das Abschließen eines solchen Abkommens, dürfen wir nicht den Weg in eine  
38 Privatisierung gehen und die öffentliche Vergabe schwächen.

39 Die Einführung der internationalen Schiedsgerichte zu Überwachung des  
40 Abkommens sollte, mit Betracht auf die Erfahrungen zwischen den USA und Kanada  
41 bzw. den USA und Mexiko, verhindert werden. Es kann nicht sein, dass  
42 Gestaltungsmöglichkeiten an Schiedsgerichte abgegeben werden, die unabhängig  
43 von staatlichen und demokratisch legitimierten Gerichten über die Angemessenheit  
44 von nationalstaatlichen Regulierungsmaßnahmen und über Vergabeverfahren  
45 entscheiden. Diese Schiedsgerichte führen zu starken negativen Folgen in den  
46 jeweiligen Ländern, gegen welche es keine Gegenmaßnahmen mehr gibt.

47 Darüber hinaus wird der Landesverband der Berliner SPD in Zusammenarbeit mit den  
48 Jusos und weiteren Unterstützer\*innen ersucht, mit Gewerkschaften und NGO's in  
49 den Austausch über TTIP zu gehen und ein gesellschaftliches Bündnis als zur  
50 Begleitung der Verhandlungen zu initiieren. Kritiker\*innen sprechen wir unsere  
51 Solidarität aus und fordern alle beteiligten Länder auf, diese Kritik nicht zu  
52 unterbinden, sondern zuzulassen.

53 Die Folgen des TTIP Abkommens sollten gleichermaßen mit den öffentlichen  
54 Unternehmen der Stadt Berlin (bspw. BVG und BSR) erörtert werden, sodass auch hier  
55 rechtzeitig gegen Fehlentwicklungen vorgegangen werden kann. Dies ist alles  
56 jedoch nur möglich, wenn die Verhandlungen zum TTIP offen nachvollziehbar und  
57 transparent sind. Diese Forderung muss schnellstmöglich umgesetzt werden.

58

59 Um zustimmungsfähig zu sein, muss die TTIP folgende Punkte erfüllen:

60

- 61 • die Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen durch die USA und ihre  
62 Festschreibung als Mindeststandards für die TTIP;
- 63 • keine Einbeziehung der Bereiche: öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung und  
64 Kultur;
- 65 • Leistungen der Daseinsvorsorge, die privat erbracht werden, können nach  
66 demokratischer Entscheidung dem Wettbewerb entzogen und dem Staat  
67 überantwortet werden;

- 68 • keine Aufweichung des Vorsorgeprinzips der EU;
- 69 • keine Stillstandsklausel;
- 70 • bestehende Umweltschutz-, Verbraucherschutz- und
- 71 Arbeitsschutzbestimmungen sowie weitere soziale Schutzmaßnahmen sollen
- 72 nur auf Initiative und nur mit Zustimmung der parlamentarischen Vertretungen
- 73 in einem transparenten Verfahren verändert werden dürfen;
- 74 • auch die Regulierung neuer Bereiche soll nur auf Initiative und nur mit
- 75 Zustimmung der parlamentarischen Vertretungen in einem transparenten
- 76 Verfahren erfolgen; können sich schließlich die USA und EU nicht einigen, sind
- 77 sie berechtigt Regulierungen nach eigenem Ermessen in den jeweils dafür
- 78 vorgesehenen Verfahren zu erlassen, die jeweils nur für ihren Geltungsbereich
- 79 rechtswirksam werden;
- 80 • kein umfassender Investitionsschutz mit Klagerecht vor Schiedsgerichten;
- 81 Regulierungen können nur mit Zustimmung der betreffenden Staaten bzw. der
- 82 EU aufgehoben werden; die Interessen einzelner Unternehmen sind
- 83 gegenüber dem öffentlichen Interesse nachrangig;
- 84 • die Regelung eines Austrittsverfahrens.
- 85 • Bereichsausnahme für die kommunale Wasserwirtschaft im TTIP; Die
- 86 Wasserversorgung sollte keinen Spielraum bieten, damit private Unternehmen
- 87 dort Gewinne erwirtschaften können, darunter würden nur die Bürger leiden.